



© 10 August 2006, 13:30 (CEST)

STELLUNGNAHME ZUM GUTACHTEN DES WISSENSCHAFTLICHEN BEIRATS BEIM BUNDESMINISTERIUM DER FINANZEN



Das Gutachten des Beirats geht auch explizit auf die so genannten Themenanwälte wie Greenpeace ein. Auf der einen Seite unterstreicht es, dass Greenpeace Kollektivgüter wie die Natur schützt und damit einer grundsätzlichen Anforderung für den Gemeinnützigkeitsstatus entspricht. Allerdings treffen die Wissenschaftler auch zwei falsche Annahmen, die richtig gestellt werden müssen:

1. In dem Gutachten wird behauptet, Greenpeace würde in erster Linie die Öffentlichkeit informieren und die Umwelt gar nicht selbst schützen. Diese Annahme ist falsch. Greenpeace ist oft vor Ort aktiv, um die Umwelt zu schützen oder Menschen in Notsituationen zu helfen. So hat sich die Organisation in den vergangenen Jahren mehrmals an der Beseitigung schwerer Ölschäden in Küstenregionen und an Stränden beteiligt. Greenpeace-Aktivisten haben sich für Schutzgebiete eingesetzt wie das Reservat des Deni-Stammes im Amazonas oder den Kellerwald in Hessen. Auch bei den zerstörerischen Jahrhunderthochwassern wie im August 2002 waren teilweise mit über hundert Greenpeace-Aktivisten an den Brennpunkten. Greenpeace und den weiteren Helfern wurde für den Einsatz von Landräten und Stabsleitern sogar in ganzseitigen Zeitungsanzeigen gedankt.

Wie bei diesen und vielen weiteren Projekten wie dem über zehn Jahre laufenden Aufforstungsprojekt in den Alpen steht der unmittelbare Schutz der Natur im Vordergrund, nicht die Information.

Besonders hervorzuheben sind die Projekte, mit denen Greenpeace durch technische Entwicklungen die Umwelt schützt, wie mit dem FCKW- und FKW-freien Kühltank Greenfreeze. Die Organisation hat die neue Technik nicht nur gefordert, sondern ihre Umsetzung initiiert und für ihren internationalen Durchbruch gesorgt. Auch bei dem Beispiel aus der jüngsten Zeit, die Rettung des Tierparks Warder in Schleswig Holstein, wo es um das Überleben tausender alter Haustierrassen und damit eines Genpools von unschätzbarem Wert geht, steht die unmittelbare Handlung, der unmittelbare Schutz des Allgemeinguts Natur im Vordergrund.

2. Die Wissenschaftler sehen einen Gegensatz zwischen dem Schutz der Natur und der Förderung der politischen Willensbildung. Es wird gesagt, Greenpeace informiere sehr stark und nehme damit Einfluss auf die politische Willensbildung. Dies hätte "Züge einer privaten Interessenvertretung" und sei im steuerlichen Sinne nicht gemeinnützig.

Diese Auffassung entspricht in keinsten Weise der Praxis. Das Kollektivgut Natur lässt sich nicht wirksam schützen, wenn man zu bestimmten Fragen keine Informations-Kampagnen organisiert. Manchmal können nur noch bestimmte Aktionen zum Zweck der Information auf ein Umweltproblem aufmerksam machen. Verklappung von Dünnsäure in der Nordsee wäre nie verboten worden, hätte Greenpeace nicht durch Aktionen, durch das Informieren darüber auf diese Umweltverschmutzung aufmerksam gemacht. Da es sich in solchen Fällen um Verbesserungen für die Natur und die Lebensbedingungen aller handelt, erfüllt Greenpeace auch in diesem Punkt eine Kernvoraussetzung für den Status der Gemeinnützigkeit.

Information ist ein wesentlicher Bestandteil des Umweltschutzes. Es bleibt ein wichtiges Anliegen von Greenpeace, das Schlaglicht der Öffentlichkeit auf Umweltprobleme zu richten, um Lösungen voranzubringen.

GREENPEACE - UNGEMEIN NÜTZLICH

Seit 1980 setzt sich Greenpeace Deutschland aktiv für den Umweltschutz ein. Die Gemeinnützigkeit der Organisation wird von zahlreichen Seiten bestätigt und gelobt.

ÜBER GREENPEACE DEUTSCHLAND

Greenpeace ist eine internationale Umweltorganisation, die mit direkten gewaltfreien Aktionen für den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen von Mensch und Natur und Gerechtigkeit für alle Lebewesen kämpft.

The Greenpeace logo, consisting of the word "GREENPEACE" in a bold, green, hand-drawn style font.

Greenpeace Deutschland

